



**Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 13. Februar 2025**

Antrags-Nr. 25-F-22-0020

**Gewerbeflächenentwicklung vorantreiben - Landespolizei am Petersweg sichern  
- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 05.02.2025 -**

Am 28.11.2022 wurde durch die Landeshauptstadt Wiesbaden, das Hessische Innenministerium sowie das Hessische Finanzministerium eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit für einen Neubaustandort der Hessischen Polizei in Wiesbaden geschlossen und öffentlichkeitswirksam vorgestellt. Danach ist beabsichtigt, die aktuellen Bestandsliegenschaften der Hessischen Landespolizei an einem Standort zu bündeln und in Abhängigkeit u.a. vom Regionalplan Südhessen auf Grundlage des Flächennutzungsplanes bis 2031 den Umzug der Einrichtungen zu ermöglichen. Der Oberbürgermeister - gleichzeitig als Stadtplanungsdezernent - ist Vorsitzender der entsprechend eingerichteten Lenkungsgruppe. Nach aktuell veröffentlichten Berichten ist hierfür eine Fläche im Gewerbegebiet Petersweg in Mainz-Kastel vorgesehen.

In räumlicher Nähe zum Gewerbegebiet Petersweg befindet sich das ehemals als Gewerbegebiet B2 bezeichnete Areal, welches sich bereits im Eigentum der Landeshauptstadt Wiesbaden befindet und daher aus der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Ostfeld herausgenommen wurde. Die Entwicklung dieses Gebiets wurde bisher nicht forciert. Der Gewerbeflächenbedarf ist jedoch in Wiesbaden akut! Seitens der Wirtschaft angemeldeten Bedarfen von über 200 ha allein im Jahr 2023 stehen aktuell allenfalls Flächenpotenziale in nicht nennenswerter Größenordnung von fünf bis sechs ha gegenüber, die durch Nachverdichtung bestehender Gebiete akquiriert werden können - jedoch auf sieben Gewerbebestände verstreut. Der Oberbürgermeister als Stadtplanungsdezernent wird zwar nicht müde, die Notwendigkeit von neuen Gewerbeflächen zu betonen; allein es fehlt an der Umsetzung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten,

- 1) den Erwerbsprozess der Flächen für die Landespolizei am Petersweg durch das Land Hessen zeitnah und zu einem marktgerechten Preis zum Abschluss zu bringen,
- 2) die Planungen für die Nachnutzung der zukünftig freierwerdenden bisherigen Flächen der Landespolizei vorrangig zur Nutzung durch Gewerbe bereits jetzt zu beginnen,
- 3) die am Petersweg wegfallenden Gewerbeflächen bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans vollständig und außerhalb des Ostfeldes zu kompensieren,
- 4) eine Sitzungsvorlage zum Vorentwurf des neuen Flächennutzungsplans unverzüglich fertigzustellen und den Gremien vorzulegen,
- 5) zu berichten, wie sich die auf über 200 ha summierten angefragten Gewerbeflächenbedarfe nach Branche und Flächenbedarf aufschlüsseln,
  - a. wieviel Fläche für Neuansiedlungen von Gewerbe
  - b. wieviel Fläche für Expansionen Wiesbadener Unternehmen

- 6) und darzulegen, ob die Gefahr des Weggangs bestehender Unternehmen aufgrund mangelnder Entwicklungsperspektive besteht und ob mit potentiellen Investoren über die Möglichkeit vorhabenbezogener Bebauungspläne gesprochen wurde,
  - 7) ausführlich darzulegen, welche konkreten Hindernisse einer Weiterentwicklung, Nutzbarmachung und Vermarktung der Flächen im Gewerbegebiet B2 entgegenstehen.
- 

**Beschluss Nr. 0042**

Nr. 3 und Nr. 4 des Antrags gelten als eingebracht.

Die übrigen Punkte sind durch die Aussprache erledigt.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2025

Dr. Gerhard Obermayr  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .02.2025

Dezernat I  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende  
Oberbürgermeister